

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adamez

---

29. Juni 1951

Blatt 1154

## Bürgermeister Jonas im Österreichischen Presseklub

=====

29. Juni (Rath.Korr.) Auf Einladung des Österreichischen Presseklubs wird Bürgermeister Franz Jonas morgen, Samstag, den 30. Juni, um 14 Uhr, in den Räumen des Österreichischen Presseklubs, Wien I., Schuberttring 6, über die "Aufgaben in seinem neuen Arbeitsbereich" sprechen.

## Freikonzerte in Gemeindebauten

=====

### Morgen im Winarskyhof

29. Juni (Rath.Korr.) Die Reihe der vom Amtsführenden Stadtrat für Kultur und Volksbildung Hans Mandl angeregten unentgeltlich zugänglichen Konzerten in Gemeindebauten, die am Samstag, dem 23. Juni, im 2., Sturhof, vor einem zahlreichen Zuhörererkreis mit Darbietungen der Wiener Symphoniker eröffnet wurde, findet morgen Samstag, den 30. Juni, um 17.30 Uhr mit einem Konzert der Musikkapelle der Feuerwehr der Stadt Wien unter der Leitung von Musikdirektor Otto Wacek im Winarskyhof 20., Passettistraße 39 - 45, ihre Fortsetzung. Das Programm umfaßt Werke von Schubert, Mozart, Ziehrer und der Walzerdynastie Strauß. Die nächstfolgenden Konzerte werden rechtzeitig angekündigt.

## Autobus-Nachtlinie B

=====

29. Juni (Rath.Korr.) Ab morgen, Samstag, wird die Autobus-Nachtlinie B in beiden Fahrtrichtungen nicht mehr über Liechtensteinstraße, sondern wieder auf der normalen Route über Porzellan-gasse - Julius Tandler-Platz - Alserbachstraße geführt.

## Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

29. Juni (Rath.Korr.) Heute vormittag trat der Wiener Gemeinderat zum ersten Mal unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas zu einer Geschäftssitzung zusammen. Von der 104 Geschäftsstücke umfassenden umfangreichen Tagesordnung wurde ein großer Teil von vornherein ohne Debatte angenommen.

Vom Linksblock lag eine Anfrage betreffend geplante Abbaumaßnahmen und andere Verschlechterungen des Rettungsdienstes der Stadt Wien vor, sowie ein Antrag auf Erhöhung des Hand- und Taschengeldes für die Insassen des städtischen Altersheimes.

Die ÖVP hatte eine Anfrage an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe V, Vizebürgermeister Weinberger, betreffend die Typhusepidemie gerichtet und die Besprechung der Anfrage verlangt. Eine zweite Anfrage der ÖVP beschäftigte sich mit der Gehsteigreinigung durch die Hausbesorger während des Sommers. Auch dabei wurde die Besprechung verlangt. Beide Anfragen werden vor Schluß der öffentlichen Sitzung verlesen und über die Besprechung abgestimmt werden.

Den ersten Punkt der Tagesordnung, die endgültige Regelung der Forstarbeiterlöhne, referierte Stadtrat Resch (SPÖ). Es handelt sich dabei um eine Angleichung der Löhne der städtischen Forstarbeiter an die der gesamten Forstwirtschaft in Österreich. Durch die endgültige Regelung wird das bisher gültige Provisorium außer Kraft gesetzt. Der Antrag wurde, da keine Wortmeldung erfolgte, ohne Debatte einstimmig angenommen. Ebenfalls ohne Debatte wurde die Arbeitsordnung für die Bediensteten des Brauhauses der Stadt Wien genehmigt.

Über die Subventionsliste referiert ebenfalls Stadtrat Resch (SPÖ). In diesen Listen scheinen unter anderem das Österreichische Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum mit 25.000 S auf, das Institut für Wissenschaft und Kunst mit 20.000 S, der Verein Österreichische Zahnärzte erhält eine einmalige Subvention von 10.000 S, der Verein zur Versorgung und Beschäftigung erwachsener Blinder ist mit 10.000 S dotiert, der Wiener Trabrennverein mit 33.000 S. Insgesamt enthalten diese beiden Listen Subventionen für rund 140.000 S. Dazu kommt noch eine einmalige Subvention an

das Wirtschaftsförderungsinstitut für die Gewerbeausstellung von 200.000 S. Die Kämmer der gewerblichen Wirtschaft hat seinerzeit die "Wiener Festwochen" subventioniert, dafür hat sich die Gemeinde Wien bereit erklärt, die Gewerbeausstellung des Wirtschaftsförderungsinstitutes mit dem gleichen Betrag zu subventionieren. Stadtrat Resch bittet abschließend, diesen Subventionsansuchen die Zustimmung zu geben.

GR. Dr. Matejka (LBL.) kritisiert einerseits die Lächerlichkeit des Betrages einzelner Subventionen; hier finde man nichts von einem Nachziehverfahren, einer Aufbesserung oder Aufwertung, hier finde man einen Stillstand. Andererseits kritisiert er die Berichterstattung über die Vergebung der Subventionen. Er kommt insbesondere auf die Gewerbeausstellung zu sprechen, die für Wien bestimmt eine Sehenswürdigkeit gewesen ist, über deren Finanzierung die Gemeinde Wien aber hätte entsprechend informiert werden sollen. So muß beispielsweise die Gemeinde Wien, da sie alle Bevölkerungsschichten und vor allem die Masse der Unbemittelten vertritt, wenn sie einen Beitrag zu solch einer Ausstellung leistet, auf dem Standpunkt stehen, daß der Eintrittspreis von vornherein so erstellt wird, daß wirklich die breite Masse diese Ausstellung besuchen kann.

Es ergeben sich bezüglich einer Gesamtbilanz dieser Ausstellung daher folgende Fragen: Die Frage nach den Kosten und Einnahmen, eventuell getrennt nach Sach-, Personal- und Werbeaufwand, die Frage nach den Einnahmen, bestehend aus den Mieten der Aussteller, den Eintrittsgebühren und dem Katalog, der, obwohl er fast ausschließlich aus Inseraten bestanden hat, noch immer 5 S gekostet hat, die Frage nach dem Beitrag von Innungen und einzelnen Firmen und danach, wieviel die Wirtschaftstreibenden gezahlt haben. Wir halten es für eine Unmöglichkeit, ja geradezu für eine Beleidigung des Wiener Gemeinderates, ihm zuzumuten, für 200.000 S sang- und klanglos zu stimmen, ohne über alle diese Dinge zumindest im wesentlichen aufgeklärt zu werden.

Sie müssen sich abgewöhnen, erklärt er abschließend, diese Praxis der Subventionspolitik weiter zu betreiben. Wir werden alles daransetzen, die Öffentlichkeit über diese Methoden aufzuklären, und sind überzeugt davon, daß die öffentliche Meinung Sie recht bald zwingen wird, diese Subventionspolitik methodisch und sachlich anders zu machen.

GR. Dr. Soswinski (LBl.) kritisiert die alljährlich wiederkehrende Subvention an den Wiener Trabrennverein in der Höhe von 33.000 S. Er stellt den Antrag, diesen Betrag statt dem Trabrennverein der Gesellschaft zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit zu überweisen. Der Gemeinderat habe damit Gelegenheit, zu entscheiden, ob es besser sei, die 33.000 S für die Rennpferdzucht oder zur Bekämpfung der Krebskrankheit zu verwenden.

GR. Lehner (ÖVP.) hebt hervor, daß es der Zweck der Österreichischen Gewerbeausstellung 1951 war, zu zeigen, was das österreichische Gewerbe gewerblich und kulturell zu leisten imstande ist. Die Vertreter von 26 Nationen, die diese Ausstellung und den damit verbundenen Internationalen Gewerbekongreß besuchten, haben einmütig erklärt, daß diese Ausstellung ein wirklicher Erfolg war und daß sie neue Wege gewiesen habe. Man dürfe auch nicht vergessen, wieviele Gäste wegen der Gewerbeausstellung nach Wien gekommen sind. Ein Teil dieses Subventionsbetrages von 200.000 S fließe als Vergnügungssteuer wieder in die Kasse der Gemeinde zurück. Die Eintrittsgebühr wurde deshalb mit 4 S bemessen, um es auch dem kleinen Mann möglich zu machen, diese Ausstellung zu besuchen. Der Redner bittet den Gemeinderat, diese Subvention, die nur einen Teil dessen darstelle, was die Kammer der gewerblichen Wirtschaft gegeben hat, zu bewilligen. (Beifall bei der ÖVP.)

Stadtrat Resch erklärt in seinem Schlußwort, es müsse jedem Einsichtigen klar sein, daß solche Ausstellungen, die nicht Selbstzweck und nicht Verkaufsausstellungen sind, nur mit Defiziten enden können. Auch die Ausstellungen, die Dr. Matejka seinerzeit als Stadtrat veranstaltet hat, haben Defizite ergeben. Der Beitrag von 200.000 S durch die Gemeinde Wien war zur Förderung der Gewerbeausstellung notwendig. Daneben habe der Bund mit einer wesentlich höheren Summe und außerdem auch die Kammern beigetragen. Für die Gemeinde Wien handle es sich gar nicht so sehr darum, welche Höhe das Defizit hat, wesentlich sei vielmehr, ob diese Ausstellung und der damit verbundene Internationale Gewerbekongreß im Interesse der Stadt förderungswürdig waren oder nicht. Es stehe außer Zweifel, daß diese Ausstellung Tausende von Fremden nach Wien gebracht hat, die gesehen haben, daß man in dieser Stadt ohne Gefahr leben und daß man sich hier frei bewegen kann und daß diese Stadt nicht ein so gefährlicher Punkt der Welt ist, wie es manche ausländische Zeitungen darstellen. Diese Tat-

sache werde unseren Fremdenverkehr in starkem Maße befruchten, so daß die 200.000 S gut angelegt waren. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Die Subventionsanträge werden hierauf angenommen, der Abänderungsantrag Dr. Soswinski verfällt der Ablehnung.

GR. Frieda Nödl (SPÖ) referiert über Gebührenänderungen in den Musiklehranstalten der Stadt Wien und der Städtischen Büchereien. Das Schulgeld für den Besuch der Kindersingschulen soll mit 30 S jährlich gegenüber bisher 24 S festgesetzt werden. Die Mehreinnahmen werden 33.000 S betragen. Ferner erhöht sich das Schulgeld für außerordentliche Schüler vom 31. Lebensjahr an um 100 Prozent.

Bei den städtischen Büchereien soll die Bandgebühr von 20 Groschen auf 30 Groschen erhöht werden. Außerdem wird der Magistrat versuchsweise und befristet an einigen Zweigstellen die Monatsgebühr abschaffen und die Lesergebühr erhöhen. Dadurch sollen jene Leser, die bisher nur leichte Lektüre wie Kriminalromane bevorzugten, die sie durch die billige Bandgebühr in großer Zahl entlehnten, zum guten Buch hingeführt werden.

GR. Dr. Matejka (LBl.) ersuchte den Antrag gesondert abstimmen zu lassen, da seine Fraktion nur den Passus über die Erhöhung des Schulgeldes bei den außerordentlichen Schülern von mehr als 30 Jahren zustimmen könne. Der Redner polemisiert in seinen weiteren Ausführungen gegen die Rede der Referentin, die nur über die wirtschaftliche Seite des Antrages gesprochen, aber die kulturelle Seite außer Acht gelassen habe. Er verlangte Aufklärung ob die Leserzahl der Städtischen Büchereien im Steigen begriffen sei oder nicht und ob für die Städtischen Büchereien im entsprechenden Maß geworben werde. Im übrigen lehnt er im Namen seiner Fraktion die Schulgelderhöhung der Kindersingschulen und die Gebührenerhöhung bei den Städtischen Büchereien ab.

GR. Frieda Nödl teilte in ihrem Schlußwort mit, daß wohl in der Ära Matejka die Leserzahl der Städtischen Büchereien gleichgeblieben sei. Seit 1950 hat sich die Zahl der Leser jedoch um 22 Prozent erhöht, bei den Kindern sogar um 30 Prozent. Dies sei ein Zeichen dafür, daß die Stadt Wien die kulturelle Seite dieser Angelegenheit nicht vernachlässige. Die Städtischen Büchereien verfügen derzeit über 236.000 Bücher, das sind um

6000 Bände mehr als im Vorjahr. Im übrigen ersuchte die Referentin um die Annahme ihres Antrages.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Dr. Matejka abgelehnt, der Antrag der Referentin ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen.

Hierauf erteilt GR. Marek (SPÖ), der inzwischen den Vorsitz übernommen hat, Stadtrat Mandl in Vertretung des beurlaubten Stadtrates der Verwaltungsgruppe IV, Vizebürgermeister Honay, das Wort zum Bericht über Hilfsmaßnahmen anlässlich der Hochwasserkatastrophe 1951.

Stadtrat Mandl verweist auf die Hochwasserkatastrophe, von der in der Nacht vom 10. auf den 11. Mai verschiedene Gebiete Niederösterreichs, aber auch Wiens und besonders der Randgemeinden betroffen wurden und die dringend Fürsorgemaßnahmen notwendig machten, um die Betroffenen vor dem ärgsten Schaden und mitunter sogar vor Lebensgefahr zu bewahren. Er bittet, der vom Herrn Bürgermeister verfügten und vom Stadtsenat und Gemeinderatsausschuß gutgeheißenen Bereitstellung von 1 Million Schilling zu diesem Zwecke zuzustimmen.

GR. Maller (LBl.) kritisiert, daß, wenn es einmal 24 Stunden regne, die Liesing und andere Bäche aus den Ufern treten und die Bewohner und ihr Hab und Gut gefährden, obwohl schon seinerzeit der niederösterreichische Landtagsabgeordnete und spätere Bürgermeister Karl Seitz deren Regulierung gefordert hat. Geschehen sei aber bisher so gut wie nichts.

Wir sind der Auffassung, daß die eine Million Schilling für die vielen hundert Menschen, die enormen Schaden erlitten haben, zu wenig ist und stellen an den Herrn Berichterstatter folgende Fragen: 1.) Ist erhoben worden, wieviele Personen zu Schaden gekommen sind, 2.) wie hoch ist der Gesamtschaden, den diese Menschen erlitten haben, 3.) was trägt der Bund bei, um den Menschen eine volle Vergütung des Schadens zu garantieren, und 4.) welche Schritte unternimmt die Stadt Wien, um den Bund zu einer Hälfte für die Betroffenen zu veranlassen?

Der Linksblock wird für den Antrag stimmen, obwohl er der Meinung ist, daß die eine Million nur einen Bruchteil des Schadens ersetzen kann. Er knüpft die Erwartung daran, daß die Gemeindeverwaltung alle nötigen Schritte unternimmt, damit auch der Bund

der hart betroffenen Bevölkerung gegenüber seine Pflicht in Form eines entsprechenden Zuschusses erfüllt. Außerdem spricht er die Erwartung aus, daß die Regulierung im Interesse der Bewohner dieser Gebiete jetzt endgültig durchgeführt wird.

GR. Dr. Hengl (ÖVP.) begrüßt es namens der Fraktion der ÖVP. lebhaftest, daß die Gemeinde Wien anlässlich der Hochwasserkatastrophe so rasch eingegriffen hat, um das unverschuldete Elend und die Not dieser armen Bewohner dieser Gebiete einigermaßen zu lindern. Er bedauert aber gleichzeitig feststellen zu müssen, daß man bei diesen Hilfsmaßnahmen die Gärtner und Landwirte dieser Gebiete vergessen hat, die ebenfalls schwersten Schaden erlitten haben. Er stellt daher den Antrag, von der einen Million Schilling der Landwirtschaft 60.500 S für verbilligten Samen, Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmittel zur Verfügung zu stellen. In der Begründung wird ausgeführt, daß die Hochwasserkatastrophe 1951 650 Hektar landwirtschaftlich und gärtnerisch genützten Landes schwerstens beschädigt hat, zu deren Behebung Samen, Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmittel im Gesamtbetrag von 121.000 S nötig sind, von welcher Summe das Landwirtschaftsministerium 50 % auf sich nehmen wird.

Abschließend bittet der Redner, auch der Fischerei, die Verluste erlitten hat, zu helfen und erklärt, daß die ÖVP. für die Vorlage stimmen wird. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Hans Weber (SPÖ.) verweist darauf, daß die Regulierung der Liesing dem Lande Niederösterreich schon zu Beginn des Jahrhunderts schwere Sorgen bereitet hat und bereits im Jahre 1903 oder 1904 das erste Regulierungsprojekt geboren wurde. Es war aber damals kein Geld dafür vorhanden. Das Projekt wurde wiederholten Beratungen unterzogen, immer wieder wurde von den Gemeinden darauf gedrängt, doch ist bis zum Jahre 1938 wenig oder gar nichts geschehen. Die Nazi haben ein noch größeres Projekt entworfen, das aber auch nicht verwirklicht wurde. Erst im Jahre 1945 hat der verstorbene Stadtrat Franz Novy ein neues Projekt aufstellen lassen und im Jahre 1947 wurde nach Schaffung aller Voraussetzungen die Regulierung der Liesing in Angriff genommen. Zwei Baulose sind bereits fertig, zwei weitere werden demnächst fertig und drei weitere sind bereits ausgeschrieben. Bis zum kommenden Jahr werden, wenn in der Zwischenzeit nicht wieder so starke Nie-

derschläge kommen, fast alle Gefahrenherde beseitigt sein.

Der Redner befaßt sich eingehend mit verschiedenen Pressemeldungen, widerlegt einen in diesem Zusammenhang gebrachten Bericht der "Volksstimme" und nimmt auch gegen eine diesbezügliche Meldung des "Kleinen Volksblattes" Stellung. Er spricht die Überzeugung aus, daß die Regulierung planmäßig und, soweit möglich, noch forciert durchgeführt wird und erklärt, daß seine Fraktion mit Freude für den Antrag stimmen und auch in Zukunft jederzeit, wenn Not an Mann ist, immer am Platze sein wird. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Mandl stellt in seinem Schlußwort fest, daß bisher ungefähr 250.000 S verausgabt worden sind und daß, wenn diese Summe im ersten Augenblick auch etwas gering erscheinen mag, alle Ansprüche, die von der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Katastrophe gestellt worden sind und die im Rahmen dieser Fürsorge-maßnahmen von vornherein geplant waren, erfüllt wurden. Er stellt fest, daß bisher nicht eine einzige Klage über ein Versäumnis oder allzu langsame Hilfeleistung vorgebracht worden ist und auch alle weiteren Anträge in entgegenkommendster Weise behandelt werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf nachträgliche Zustimmung zur Bereitstellung von einer Million Schilling einstimmig angenommen, der Antrag Dr. Hengl, Kowatsch und Genossen, der Antrag des Berichterstatters gemäß der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung überwiesen.

GR. Paula Kratky (SPÖ) referiert über einen Antrag des Stadtsenates, eine nicht vorgesehene Ausgabe von 260.000 S zum Zwecke von Adaptierungsarbeiten an einem bombenbeschädigten Schulgebäude in der Grundsteingasse für die Aktion "Jugend am Werk" zu genehmigen.

GR. Fföch (SPÖ) gibt aus diesem Anlaß einen Bericht über die Tätigkeit der Aktion "Jugend am Werk". "Jugend am Werk" habe es sich zur Aufgabe gemacht, Jugendliche, die nicht sofort in einer Lehrstelle oder an einem Arbeitsplatz untergebracht werden können, für eine gewisse Zeit zu betreuen. Mit der fortschreitenden Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse konnte das rein Fürsorgereiche der Aktion in den letzten Jahren zugunsten einer berufserzieherischen Arbeit zurückgestellt werden. Im vergangenen Jahr



haben einige hundert Burschen und Mädels in Hauptschulkursen, Grundlehrgängen, Lehrwerkstätten und Berufsvorbereitungskursen ein größeres Maß an Berufsreife erlangt. Die Aktion unterhält gegenwärtig 8 Heime in den einzelnen Bezirken und hat auch Produktivwerkstätten eingerichtet. Im Rahmen von "Jugend am Werk" wird auch eine Lehrwerkstätte für Metallbearbeitung geführt, in der gegenwärtig 130 Lehrlinge eine gediegene Ausbildung erhalten.

Diese von der Gemeinde Wien ergriffenen Maßnahmen reichen aber nicht aus, um die Notlage der schulentwachsenen Jugend einzudämmen. Die Zahl der schulentlassenen Wiener Jugendlichen, die heuer 10.286 betrug, wird im nächsten Jahr schon 12.771 erreichen, um im Jahre 1953 auf 23.689 und im Jahre 1954 auf über 25.000 Jugendliche anzusteigen. Mit den alten Methoden wird es nicht gelingen, dieses Problem zu lösen, soll nicht die Jugend, durch Arbeitslosigkeit demoralisiert, politischen Desparados zum Opfer fallen. Die Meisterlehre reicht nicht mehr aus, die Jugendlichen, die die Schule verlassen, unterzubringen. Die in den Lehrwerkstätten erzielten Lernerfolge übersteigen vielfach jene der Meisterlehre. (GR. Schwaiger (ÖVP): Das müssen Sie beweisen!) Wir könnten vielleicht einen Wettbewerb ausschreiben, der zwischen Lehrlingen aus Meisterbetrieben und Lehrwerkstätten ausgetragen wird.

Die Kommunisten verwirklichen in den Ländern, setzt der R. weiter fort, in denen sie regieren, das, was die ÖVP auch der österreichischen Jugend zumutet, nämlich daß die Jugendlichen zu einem Arbeitsdienst einberufen werden. Einen solchen Arbeitsdienst mit viel Drill und wenig Taschengeld haben die Kommunisten in der Tschechoslowakei verwirklicht. Wenn in den Ländern der Volksdemokratie ein Jugendlicher dafür, weil er an die Wand das Wort "Freiheit" schreibt, zehn Jahre eingesperrt wird, sprechen wir den Kommunisten in Österreich das Recht ab, sich als Interessenvertreter der jungen Generation aufzuspielen. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Gewerkschaftsjugend und die Sozialistische Jugend entfalten gegenwärtig eine große Aktivität, um die Öffentlichkeit auf das brennende Problem der schulentlassenen Jugend aufmerksam zu machen. Nützen wir die kurze Zeit, die uns zur Lösung dieses Problems noch bleibt, damit eine junge Generation heranwächst, die berufsmäßig so geschult ist, wie es für die österreichische Wirtschaft notwendig ist. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Lauscher (LBl.) erklärt, der Linksblock lehne die Aktion "Jugend am Werk" nicht ab, sie sei aber unter den gegebenen Bedingungen nur ein Tropfen auf den heißen Stein, denn diese Aktion gehe am entscheidenden Problem unserer schulentlassenen Jugend vorbei. In "Jugend am Werk" erlernt niemand einen Beruf, bekommt man keinen Gesellenbrief und hat keine Möglichkeit, sich als Facharbeiter eine Existenz aufzubauen. Um dieses Problem zu lösen, müßte man Maßnahmen durchführen, wie sie etwa die Jugendorganisationen beim Jugendbeirat des Unterrichtsministeriums beschlossen haben. Diese Forderungen enthalten unter anderem ein Jugendeinstellungsgesetz, ein Berufsausbildungsgesetz und die Schaffung öffentlicher Lehrwerkstätten.

Der Redner kommt sodann auf das Berufsausbildungspflichtgesetz in der Tschechoslowakei zu sprechen, das die Presse der Sozialisten wie der Volkspartei zum Anlaß genommen habe, um von "Zwangsarbeit" zu reden. Dieses Gesetz schaffe für alle Jugendlichen die Voraussetzung, daß sie entsprechend ihren Fähigkeiten und Veranlagungen einen Lehrplatz bekommen. Die Reaktion habe früher einmal die Einführung des obligatorischen Schulunterrichtes als Einschränkung der persönlichen Freiheit abgelehnt, der obligatorische Schulunterricht sei aber trotzdem verwirklicht worden. In den Ländern der Volksdemokratie gehe die Entwicklung weiter, und man führe heute die obligatorische Berufsausbildung ein. Jeder Schulentlassene habe das Recht auf einen Lehrplatz und gleichzeitig auch die Pflicht, im Interesse des Volkes etwas zu erlernen. Der Linksblock stehe auf dem Standpunkt, daß die obligatorische Berufsausbildung ein Fortschritt ist, den auch die österreichische Arbeiterklasse begrüßen müßte. Der Linksblock sehe seine Aufgabe darin, immer und in jedem die Interessen der Jugend zu vertreten.

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) hält den Ausführungen des GR. Lauscher einige Zitate aus den von Professoren der Pädagogik an der Moskauer Universität verfaßten "Lehrbuch der Pädagogik" entgegen. Darin heißt es u.a. in dem Kapitel über die vorschulische Erziehung des Kindes:

"In den Spielen spiegeln die Kinder das wider, was sie im Leben umgibt. Im Kindergarten spielen sie 'Rotarmisten': sie haben Fähnchen in den Händen, an den Kleidern und Kopfbedeckungen die Abzeichen der Infanteristen, Tankbesatzungen, Matrosen, Flieger;

sie gehen geordnet im Takt des Marschliedes. Sie übernehmen mit Vergnügen die Rolle des Fliegerhelden Tschapajew. Das Spiel bereitet das Kind fürs Leben vor. In den schöpferischen Kinderspielen spiegelt sich die Umwelt des Kindes am deutlichsten wider: sie finden einige kleine Stöcke, aus denen machen sie Tanks, Lastwagen, ein Gewehr. Die Kinder lieben alles Heldenhafte, und ein heldenhaftes Ringen wird von ihnen besonders gut verstanden. Die Kinder singen mit großem Vergnügen die Lieder der Sowjetarmee." (Rufe bei den Sozialisten: Das ist die Erziehung zum Frieden!)

Und in dem Kapitel über die Körperliche Erziehung heißt es: "Die körperliche Erziehung dient dazu, bei den Schülern die Eigenschaften zu entwickeln, die für den künftigen Soldaten der sowjetischen Armee notwendig sind."

Diesen Ausführungen könne man nur, schließt der Redner, ein anderes Zitat an die Seite stellen: "Dabei kann die Erziehung im Großen schon die Vorbildung für den späteren Heeresdienst sein. Das Heer hat den tadellos vorgebildeten jungen Menschen nur mehr in Soldaten zu verwandeln." Diese Worte finden sich in dem Buche "Mein Kampf" von Adolf Hitler! (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Über die Errichtung von zwei neuen Krebs-Gesundenuntersuchungsstellen referierte GR. Prim. Dr. Eberle (ÖVP). Es ist aus den Statistiken der letzten Zeit bekannt, daß mit den vorhandenen Krebsfürsorgestellen nicht das Auslangen gefunden werden kann. Daher sollen zwei neue Untersuchungsstellen, und zwar im Krankenhaus Floridsdorf und im Rudolfsspital errichtet werden. Sie werden der Stadt Wien ungefähr 42.000 S im Jahr kosten.

In der Debatte spricht zunächst GR. Dr. Matejka (LBl.). Er wendet sich in scharfen Worten gegen die Verzögerung und Verschleppung der Einrichtung einer wirksamen Krebsfürsorge. Er erinnert daran, daß auf der österreichischen Krebstagung in Innsbruck abermals erschreckende Ziffern mitgeteilt wurden. Prof. Dr. Denk hat bei dieser Tagung ausgeführt, daß der Gesamtstand an Krebskranken in Österreich mit 40.000 bis 50.000 Menschen beziffert werden müsse. Keine öffentliche Stelle hat seither diese Ziffern bezweifelt. Trotzdem werde offensichtlich Sabotage getrieben, um den weiteren Ausbau der Wiener Krebsfürsorge zu verhindern.

Dr. Matejka erinnert auch daran, daß der Linksblock im März 1950 einen Antrag eingebracht habe, der so ziemlich alles Wesentliche enthielt, das zur Bekämpfung und Erforschung der Krebs-

krankung getan werden müßte. Da auch weiterhin nichts Wesentliches geschah, hat der Linksblock am 26. Jänner 1951 eine Anfrage gestellt, die erst am 14. April d.J. durch einen Brief des Amtsführenden Stadtrates für das Gesundheitswesen beantwortet wurde. Erst Ende April gelangte jedoch der Brief zu dem Abgeordneten des Linksblocks. Dr. Matejka wendet sich ferner dagegen, daß in diesem Schreiben nicht klar ausgesprochen wird, wer die Schuld an der Verzögerung dieses Problems trägt. Die Öffentlichkeit hat aber ein Recht darauf, zu erfahren, wer die Schuld an den Schwierigkeiten trägt, die sich der Errichtung von Krebsfürsorgestellen entgegenstemmen. Im übrigen gab der Redner im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu dem Antrag des Referenten.

Gemeinderätin Elfriede Vavrovsky (ÖVP) führte aus, daß wohl angesichts der sachlichen Begründung des Berichterstatters und der dringenden Notwendigkeit kein Mandatar dieses Hauses dem Antrag seine Zustimmung verweigern würde. Es wird auch jeder Bürger dieser Stadt die Neueröffnung von zwei weiteren Krebs-Gesundenuntersuchungsstellen begrüßen. Es wird aber wohl so manchen geben, der die Frage stellt, warum gerade an dieses brennende Problem nicht großzügiger herangegangen wird.

Primarius Dr. Eberle hat schon vor zwei Jahren auf dem internationalen Krebskongreß in Graz die Zahl von 11 Krebsfürsorgestellen für Wien als nötig gefordert. Seit damals sind bisher zwei Untersuchungsstellen geschaffen worden. In diesen Jahren sind mehr als 9.800 Menschen an Krebs gestorben, das sind rund 20 % aller Sterbefälle.

Angesichts dieser Umstände kann wohl niemand davon sprechen, daß die Bevölkerung von einer unbegründeten Krebspsychose befallen sei. Und wäre es auch eine Psychose, so muß man diese genau so heilen, wie eine rein physische Krankheit, indem man den angstvollen Menschen Gewißheit gibt.

Hält man sich aber vor Augen, daß zur Zeit 3000 Voranmeldungen für Krebsuntersuchungen vorliegen, zu deren Erledigung ein Zeitraum von nahezu 5 Monaten nötig ist; bedenkt man ferner, daß auf Grund ärztlicher Gutachten alle Menschen von mehr als 40 Jahren einmal jährlich zur Untersuchung gehen sollten, so ergibt sich, daß ungezählte Menschen Monate der Ungewißheit ertragen müssen. Vielleicht kommt sogar für manche dann die Hilfe zu spät.

Jeder Bewohner dieser Stadt hat aber das Recht, zu fordern,

daß alles getan werde, um ihn vor Krankheit zu bewahren. Die Wiener Stadtverwaltung hat daher die Verpflichtung, dieses Recht zu wahren und ihm zu entsprechen. Die Österreichische Volkspartei im Wiener Gemeinderat sieht es schon seit Jahren als eine unumstößliche Verpflichtung an, dieses Recht der Bevölkerung zu verwirklichen und ihm Nachdruck zu verleihen. Sie gibt daher dem Antrag selbstverständlich ihre Zustimmung, knüpft aber daran die Forderung, ehestens mit dem Ausbau von weiteren drei Krebs-Gesundenuntersuchungsstellen zu beginnen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR.Dr. Stemmer (SPÖ) stellt fest, daß das Krebsproblem die Öffentlichkeit brennend interessiert und sie auf diesem Gebiete kritisch alle Maßnahmen verfolgt, und bei negativen Maßnahmen auf diesem Gebiet keine Sympathien in der Öffentlichkeit erwartet werden können. Nach der Statistik der Stadt Wien ist die Krebssterblichkeit bei Männern zwischen 40 und 80 Jahren mit 20 bis 26 Prozent an zweiter Stelle unter den Todesfällen, bei Frauen zwischen dem 30. und 60. Lebensjahr mit 27 bis 38 Prozent als Todesursache an erster Stelle. Monatlich sterben an Krebs in Wien bei rund 2.500 Todesfällen 450 bis 470 Personen. Ein Teil der Ärzte meint, diese Zahlen seien deswegen so hoch, weil man heute den Krebs besser diagnostizieren kann, ein anderer Teil meint, es komme daher, daß die Menschen älter werden und sozusagen ihren Krebs "erleben". Doch wer an Krebs erkrankt ist, oder die Erkrankung fürchtet, dem ist es egal, was die Ärzte über die Ursache der Krankheit sagen. Für die Leute, die von der Gefahr bedroht oder an Krebs vielleicht schon erkrankt sind, gibt es nur eine Frage: Wie kann ich meinen Krebs losbekommen und welche Möglichkeiten gibt es, daß ein anderer ihn nicht bekommt.

Tatsache ist: daß man den Krebs bis heute durch vorbeugende Maßnahmen nicht verhüten kann. Namhafte ärztliche Persönlichkeiten sagen, daß die gesamte Krebsliteratur der Welt keinen Weg kennt, die Krebserkrankung zu vermeiden. Hingegen wissen sie, daß die Aussicht, den Krebs loszuwerden, mit der Frühdiagnose steht und fällt.

Die Vertreter der Meinung, daß die Krebsfürsorgestellen in der gegenwärtigen Form ausgebaut werden müssen, sagen, daß solche Untersuchungsstellen einen Anreiz schaffen, sich untersuchen zu lassen. Es erhebt sich aber die Frage, was man den Leuten, die

man, wenn sie massenweise kommen, nicht untersuchen kann, sagt. Sagt man ihnen: Kommen Sie in drei Monaten wieder oder gehen Sie wo anders hin, wir sind jetzt überlaufen? Jeder weiß, wenn man eine solche Krankheit heute nicht entdeckt, sondern vielleicht erst übermorgen oder in drei Wochen, kann es passieren, daß eine Heilung nicht mehr möglich ist.

Die Befürworter dieser Untersuchungsstellen führen auch noch an, daß es der zu Untersuchende außerordentlich schätzt, an einem einzigen Tag womöglich von drei oder vier Fachärzten der verschiedenen Fachrichtungen untersucht zu werden. Schließlich spricht für die Untersuchungsstellen - und die Statistik zeigt das -, daß man bei den Untersuchungen hunderte und aberhunderte Krankheiten entdeckt hat, von deren Existenz der Betroffene keine Vorstellung gehabt hat.

Jene, die gegen die Errichtung dieser Untersuchungsstellen sind, führen an, daß die Untersuchungsbasis viel zu schmal ist. Die zwei Krebsuntersuchungsstellen, die wir derzeit haben, haben in den vergangenen sechs Monaten 1.780 Patienten untersucht. Das entspricht bei dreistündiger Ambulanzzeit einem Tagesdurchschnitt von rund 18 bis 20 Patienten. Wenn man alle über 40 Jahre alten Menschen untersuchen will, müßte rund eine Million Menschen untersucht werden. Das bedeutet, daß man 500 solcher Krebsuntersuchungsstellen errichten müßte. Als weiteres Argument führen sie an, daß man lediglich feststellen kann, daß im Zeitpunkt der Untersuchung für die untersuchten Organe kein Krebsverdacht besteht. Nun sagen aber die Fachleute, daß es in einer Ambulanz nicht möglich ist, sämtliche Organe auf Krebsverdacht zu untersuchen, denn dazu reichen die Einrichtungen dieser Stelle und die Symptome nicht aus. Es besteht die Gefahr, daß alle, auch die Ärzte, sich auf die Krebsfürsorgestelle verlassen, und die hundertfachen Untersuchungsmöglichkeiten nicht restlos ausgeschöpft werden. Wer heute untersucht wurde, sollte nach medizinischer Erfahrung nicht erst nach einem Jahr wieder zur Untersuchung kommen, sondern vielleicht schon nach sechs Monaten.

Es ist also nicht ganz unberechtigt, wenn die Gegner solcher Ambulanzen einwenden: Ist es wirklich eine völlige Beruhigung für den Patienten, wenn er in einer Untersuchungsstelle als krebsfrei erklärt worden ist, die Untersuchung aber, wie es nicht anders

Über Sofortmaßnahmen zur Behebung der baulichen Hochwasserschäden erstattet Stadtrat Afritsch (SPÖ) Bericht. Für diesen Zweck sollen 2 Millionen Schilling vom Gemeinderat nachträglich genehmigt werden.

GR. Maller (LBl.) richtet an den Stadtrat die Frage, wer dafür verantwortlich ist, daß die seit Jahrzehnten notwendigen Regulierungen noch immer nicht durchgeführt worden sind, und welche Maßnahmen die Gemeinde Wien getroffen hat, daß wenigstens jetzt rascher gebaut wird, um eine neue Katastrophe zu verhindern.

GR. Kammermayer (ÖVP) fordert in einem Antrag die Gemeindeverwaltung auf, möglichst umgehend die Regulierung der Bäche Schwechat, Liesing, Kalter Gang und deren Nebenläufe in Auftrag zu geben. Die Ursache der ständigen Überschwemmungen in den südlichen Wiener Randgemeinden liegt darin, daß die Oberläufe der durch diese Gebiete laufenden Flüsse und Bäche reguliert, hingegen die Unterläufe nicht oder nur mangelhaft reguliert sind. Im Interesse der Bevölkerung müsse man alles daran setzen, daß die Regulierungsarbeiten mit großer Beschleunigung durchgeführt werden können. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Fürstenhofer (SPÖ.) erklärt, die sozialistische Fraktion werde mit allen Mitteln dafür arbeiten, daß innerhalb des Bauausschusses alles getan wird, um zukünftige Hochwasserschäden auch auf baulichem Sektor zu verhindern. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Afritsch erinnert in seinem Schlußwort daran, daß die Gemeinden, durch welche die Liesing, die Schwechat und andere Bäche fließen, erst 1938 zu Wien gekommen sind. Das Land Niederösterreich hätte schon vor hundert Jahren Gelegenheit gehabt, die Flußläufe zu regulieren. Trotz der außerordentlichen Belastung der ersten Nachkriegszeit hat die Gemeinde Wien dieses Problem sofort erkannt und sich nicht gescheut, große Beträge für diesen Zweck in den Budgets sicherzustellen. Bisher wurden über 32 Millionen für die Regulierung der Flußläufe ausgegeben. Zu diesen 2 Millionen für Sofortmaßnahmen, die der Gemeinderat heute bewilligen soll, werden in der nächsten Zeit weitere 8 Millionen kommen, so daß die Gemeinde für die Behebung der Schäden der Hochwasserkatastrophe 10 Millionen ausgibt und daneben die vorgesehenen Regulierungsarbeiten fortführt. Der Stadtrat dankt schließlich nochmals allen, die bei der Behebung der Hochwasserschäden tatkräftig

Über Sofortmaßnahmen zur Behebung der baulichen Hochwasserschäden erstattet Stadtrat Afritsch (SPÖ) Bericht. Für diesen Zweck sollen 2 Millionen Schilling vom Gemeinderat nachträglich genehmigt werden.

GR. Maller (LBl.) richtet an den Stadtrat die Frage, wer dafür verantwortlich ist, daß die seit Jahrzehnten notwendigen Regulierungen noch immer nicht durchgeführt worden sind, und welche Maßnahmen die Gemeinde Wien getroffen hat, daß wenigstens jetzt rascher gebaut wird, um eine neue Katastrophe zu verhindern.

GR. Kammermayer (ÖVP) fordert in einem Antrag die Gemeindeverwaltung auf, möglichst umgehend die Regulierung der Bäche Schwechat, Liesing, Kalter Gang und deren Nebenläufe in Auftrag zu geben. Die Ursache der ständigen Überschwemmungen in den südlichen Wiener Randgemeinden liegt darin, daß die Oberläufe der durch diese Gebiete laufenden Flüsse und Bäche reguliert, hingegen die Unterläufe nicht oder nur mangelhaft reguliert sind. Im Interesse der Bevölkerung müsse man alles daran setzen, daß die Regulierungsarbeiten mit großer Beschleunigung durchgeführt werden können. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Fürstenhofer (SPÖ.) erklärt, die sozialistische Fraktion werde mit allen Mitteln dafür arbeiten, daß innerhalb des Bauausschusses alles getan wird, um zukünftige Hochwasserschäden auch auf baulichem Sektor zu verhindern. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Afritsch erinnert in seinem Schlußwort daran, daß die Gemeinden, durch welche die Liesing, die Schwechat und andere Bäche fließen, erst 1938 zu Wien gekommen sind. Das Land Niederösterreich hätte schon vor hundert Jahren Gelegenheit gehabt, die Flußläufe zu regulieren. Trotz der außerordentlichen Belastung der ersten Nachkriegszeit hat die Gemeinde Wien dieses Problem sofort erkannt und sich nicht gescheut, große Beträge für diesen Zweck in den Budgets sicherzustellen. Bisher wurden über 32 Millionen für die Regulierung der Flußläufe ausgegeben. Zu diesen 2 Millionen für Sofortmaßnahmen, die der Gemeinderat heute bewilligen soll, werden in der nächsten Zeit weitere 8 Millionen kommen, so daß die Gemeinde für die Behebung der Schäden der Hochwasserkatastrophe 10 Millionen ausgibt und daneben die vorgesehenen Regulierungsarbeiten fortführt. Der Stadtrat dankt schließlich nochmals allen, die bei der Behebung der Hochwasserschäden tatkräftig



mitgearbeitet haben. (Beifall.)

Der Antrag des Stadtsenates wird einstimmig angenommen, der Antrag Dr. Kammarmayer und Genossen der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Über den Entwurf und die Kosten für einen Kindergarten am Kapaunplatz in der Brigittenau referiert Stadtrat Afritsch (SPÖ). Der Kindergarten soll vier Abteilungen und einen Spielsaal umfassen. Pläne stammen von der Architektin Schütte-Lihotzky. Die Kosten für das Projekt werden voraussichtlich 1.7 Millionen Schilling betragen.

In der Debatte sprach GR. Gratzl (SPÖ), der den Antrag des Referenten im Namen der Brigittenauer Bevölkerung begrüßte. Im 20. Bezirk gibt es ungefähr 6000 Kinder von 4 bis 6 Jahren. Für sie sind jedoch gegenwärtig 378 Plätze in Kindergärten vorhanden. Der Redner stimmte daher dem Antrag zu.

Stadtrat Afritsch verzichtet auf das Schlußwort. Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Über die Aktion "Wien im Blumenschmuck" referiert gleichfalls Stadtrat Afritsch. Wie vor 1938 soll heuer zum ersten Mal wieder die Bevölkerung durch diesen Wettbewerb angeregt werden, ihre Häuser und Wohnungen mit Blumen zu schmücken. Der Wettbewerb wird von der Magistratsabteilung 42, Stadtgartenamt, zusammen mit der Österreichischen Gartenbaugesellschaft durchgeführt. Es sind eine Anzahl Geldpreise ausgesetzt und zwar: ein erster Preis von 2000 S, ein zweiter Preis von 1000 S, ein dritter Preis von 600 S, ein vierter Preis von 400 S, fünf Preise zu je 200 S und 50 zu je 100 S. Ferner Preise in Form von 100 Diplomen. Die Kosten für die Durchführung des Wettbewerbes sind mit 40.000 S beantragt.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) weist darauf hin, daß mit dem Wettbewerb ein alter Brauch, der lange vor dem ersten Weltkrieg von Bürgermeister Lueger eingeführt wurde, wieder ins Leben gerufen wurde. Mit der Genehmigung des vorliegenden Antrages ist wieder ein Schritt vorwärts getan in der Ausschmückung der Wiener Stadt. Aber auch auf den Fremdenverkehr wird sich die Aktion günstig auswirken. Schließlich aber sollen auch die Menschen unserer hastigen Zeit wieder den Sinn für die Schönheit der Natur erhalten.

Die Rednerin erinnert auch daran, daß schon seit 1949 im 4. Bezirk eine solche Aktion durchgeführt wird. Sie dankte dem

Initiator dieser Aktion, Bezirksvorsteher Stöger, für seine Pionierarbeit auf diesem Gebiet und schlägt eine entsprechende Ehrung für den verdienstvollen Mann durch den Amtsführenden Stadtrat für Kultur und Volksbildung vor.

Zum Abschluß gab die Rednerin der Hoffnung Ausdruck, daß aus diesen bescheidenen Anfängen eine große Aktion wird, an der sich die ganze Wiener Bevölkerung beteiligt. (Beifall bei der ÖVP.)

Stadtrat Afritsch ruft in seinem Schlußwort in Erinnerung, daß die Aktion schon im Jahre 1925 eingeführt und 1939 eingestellt wurde. Er gab gleichfalls seiner Hoffnung Ausdruck, daß sich sehr viele Wiener an der Aktion beteiligen werden, damit unsere Stadt immer schöner werde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

GR. Jodlbauer (SPÖ) referiert über die Herstellung einer gärtnerischen Ausgestaltung im Flüchtlingslager Wien 11., Simmering, mit einem Kostenerfordernis von 120.000 S. Damit wird ein Wunsch des jetzigen Bundespräsidenten Dr.h.c. Körner verwirklicht, der die öden Schlackenflächen in der Umgebung des Lagers gärtnerisch ausgestaltet sehen wollte. Für die Kinder der Flüchtlinge sollen dort auch ein kleines Kinderfreibad und ein Spielplatz angelegt werden.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) begrüßt den Antrag, der den Flüchtlingen ihr schweres Los etwas leichter tragen lassen wird. Sie erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß jedoch viele Flüchtlinge schon seit Jahren auf die österreichische Staatsbürgerschaft warten und ersucht den zuständigen Stadtrat, daß der bürokratische Verwaltungsapparat in solchen Fällen beschleunigt wird. Auch die Wohnungsfrage ist bei den Flüchtlingen ein brennendes Problem.

GR. Jodlbauer meint in seinem Schlußwort, daß seine Vorrednerin offene Türen mit ihren Forderungen einrenne. Es ist bei der Budgetdebatte klar zum Ausdruck gekommen, wie sehr die Verwaltung der Stadt Wien bemüht ist, diesen Menschen eine neue Heimat zu geben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Über den Antrag auf Erhöhung des Sachkredites für die Wiedererrichtung des Gehsteiges an der Nordwestbahnbrücke berichtet GR. Wiedermann (SPÖ). Er stellt fest, daß infolge der herrschenden Stahlknappheit verspäteten Stahllieferungen erhebliche Lei-

stungen, welche noch im Jahre 1950 vorgesehen waren, auf 1951 verschoben werden mußten, wodurch infolge der seit Vergabe der Arbeiten eingetretenen Lohn- und Materialpreissteigerungen sich das Gesamterfordernis von 800.000 S um 275.000 S auf 1,075.000 S erhöht hat. Er bittet, diese Erhöhung zu genehmigen.

GR. Soswinski (LBl.) erklärt, die Stellungnahme seiner Fraktion hänge von der Aufklärung zweier Fragen ab. Er stellt fest, daß die Österreichischen Bundesbahnen durchaus keinen neuen Stahl beigestellt haben und die Bohlen, die mit 15.000 S vorgesehen waren, nunmehr mit 64.000 S veranschlagt sind, was sich aber wohl mit dem Begriff der verspäteten Stahllieferungen nicht ganz erklären läßt.

Berichterstatter GR. Wiedermann gibt diesbezügliche Aufklärungen und erwähnt auch, daß die Träger verstärkt werden mußten, wodurch auch die Bohlen mit einem anderen Betrag aufscheinen.

Der Antrag wird hierauf angenommen.

GR. Fronauer (SPÖ) berichtet über die Erweiterung des Kehrichtabfuhrgebietes im 26. Bezirk. Auf Grund des Landesgesetzes vom 5.11.1931 für Niederösterreich wurde im Gebiete der Gemeinde Klosterneuburg die öffentliche Kehrichtabfuhr eingeführt und die Erhebung einer Abgabe hierfür festgesetzt. In diesem Gesetz wurde festgelegt, daß das engere Gebiet, in dem die Gemeinde die Kehrichtabfuhr besorgt, durch Gemeinderatsbeschluß bestimmt wird. Demgemäß sollen nun mehrere, in der Vorlage genannte Straßen in die öffentliche Kehrichtabfuhr einbezogen werden.

GR. Dr. Altmann (LBl.) erklärt, es liege kein Grund vor anzunehmen, daß hierfür keine sachliche Berechtigung bestehe, und der Linksblock werde daher für diesen Antrag stimmen. Er wirft bei dieser Gelegenheit die Frage der Geltung alter niederösterreichischer Gesetze - solcher, die nach der Trennung Wiens von Niederösterreich erlassen wurden - für diese Randgebiete oder umgekehrt auf. Er vertritt die Ansicht, daß, solange die jetzige Lage besteht, unter allen Umständen an dem Grundsatz festgehalten werden müsse, daß für alle Bewohner Wiens und für alle Gebiete Wiens die Wiener Rechtsordnung zu gelten habe. Er erhebt die Forderung, daß die maßgebenden Stellen des Magistrates in Hinkunft bei allen Fragen, die eine verschiedene rechtliche Behandlung der verschiedenen Gebiete Wiens angeblich notwendig machen, ausführlich dem Gemeinderat begründen, warum diese verschiedene rechtliche Behandlung vor-

genommen werden muß.

Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wird der Antrag angenommen.

GR. Lötsch (SPÖ) berichtet über die Verlängerung des Baubeginn- und Bauvollendungstermines bei dem Baurechtsvertrag bezüglich der Liegenschaft Kärntner Straße 18 - Neuer Markt 3, und stellt nach entsprechender Begründung den Antrag, die Frist für den Baubeginn letztmalig auf den 1. März 1952 und für die Vollendung auf den 30. Juni 1953 zu erstrecken.

GR. Dr. Altmann bezeichnet es als verwunderlich, daß auf einem so wertvollen Baugrund, auf dem sich ein städtisches Wohnhaus befunden hat, das zerbombt wurde, nicht ein Bau durch die Stadt Wien aufgeführt wird, oder dieser hochwertige Baugrund nicht im Tausch gegen ein anderes Bauglände innerhalb Wiens zur Errichtung eines sozialen Wohnhausbaues verwertet wird. Er bezweifelt, daß der Bauzins für diesen hochwertigen Grund einigermaßen angemessen ist und meint schließlich, daß kein Anlaß zu diesem besonderen Entgegenkommen bestehe. Wenn der Betroffene nicht imstande war, sich jene kapitalistischen Kreise zu finden, die ihm das Geld zur Verfügung stellen hätten können, ist das sein kapitalistisches Risiko. Der Linksblock wird daher, weil diese Verwertung des Baugrundes, wenigstens in der heutigen Zeit, ein schlechtes, ein für die Stadt Wien verderbliches Geschäft ist, dem Antrag nicht zustimmen.

GR. Lötsch erklärt in seinem Schlußwort, daß die Gemeinde Wien in dieser Zeit dringendere Bauten durchzuführen habe als einen Hotelbau im Inneren der Stadt. Vordringlich sind Wohnungen und wieder Wohnungen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Verlängerung des Termines angenommen.

Hierauf gelangt die einmalige Sonderzahlung für die städtischen Bediensteten und Pensionisten zur Verhandlung. Berichterstatter Stadtrat Resch (SPÖ) gibt bekannt, daß ebenso wie alle übrigen öffentlich Bediensteten auch die Angestellten der Gemeinde Wien eine 25prozentige Überbrückungshilfe und einen 5prozentigen Gehaltsvorschuß, der bereits auf die Neuregelung der Julibezüge anzurechnen ist, erhalten sollen. Diese Sonderzahlungen wurden bereits heute an die Angestellten der Gemeinde Wien ausgefolgt.

Die Kosten für die Überbrückungshilfe erfordern für den Wiener Magistrat etwa 13.8 Millionen, für die städtischen Unter-

nehmungen 8.9 Millionen, zusammen also 22.7 Millionen Schilling; die Kosten des Vorschusses machoh für den Magistrat 2.8 und für die Unternehmungen 1,8 Millionen, zusammen also 4.6 Millionen Schilling aus. Somit belaufen sich die Gesamtkosten der 30prozentigen Sonderzahlung für die Stadt Wien auf 27.3 Millionen Schilling.

Vorsitzende GR. Helene Potetz (SPÖ) erteilt als erstem Redner zu dieser Vorlage GR. Dr. Altmann (LBl.) das Wort, der erklärt, diese Sonderzahlung gewähre keineswegs einen vollen oder auch nur einen einigermaßen hinreichenden Ausgleich für die immer weiter fortschreitende Teuerung. Der Zentralvorstand und der Vorstand der Landesgruppe Wien der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten haben am 30. Mai 1951 eine EntschlieÙung gefaÙt, die nachdrücklichst auf einer Anzahlung von 40 Prozent des Monatsbezuges beharrte. Der Gemeinderat sollte sich seiner Verantwortung bewußt sein und erkennen, daß die städtischen Bediensteten und Pensionsparteien auf eine Überbrückungshilfe von 40 Prozent Anspruch haben.

In diesem Sinne stelle er den Antrag, den Gesamtbetrag der Überbrückungshilfe statt mit 25 mit 40 Prozent festzusetzen. Für den Fall der Ablehnung: stelle er den Eventualantrag, der Gemeinderat möge durch Beschluss feststellen, daß durch die Sonderzahlung von 25 Prozent keineswegs eine volle Abgeltung der seit Abschluß des 4. Lohn-Preispaktes eingetretenen Preissteigerungen bewirkt ist. Der Gemeinderat möge weiter feststellen, daß durch diese Sonderzahlung die berechtigten Forderungen der städtischen Bediensteten und Pensionsparteien keineswegs voll befriedigt wurden und daß sie daher lediglich als Anzahlung auf die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen zu betrachten seien.

GR. Dr. Freytag (ÖVP) unterstreicht, daß die Bezüge der öffentlich Bediensteten nicht ausreichend seien, man dürfe jedoch die durch Krieg und Nachkriegszeiten hervorgerufenen Schwierigkeiten nicht verkennen. Die vom Linksblock immer wieder vorgebrachten Vorschläge würden dazu führen, daß unser Staat zusammenbricht. Es ist klar, erklärt der Redner, daß alle, die guten Willens sind, diesem Mißstand abhelfen wollen. Daß die Verhältnisse stärker sind als wir, kann niemand, der mit der Lösung dieses Problems betraut ist, zum Vorwurf gemacht werden. Die ÖVP werde der Vorlage zustimmen. (Beifall bei der Volkspartei.)

GR. Pölzer (SPÖ) erklärt, es sei richtig, daß die Gewerkschaft eine Überbrückung von 40 Prozent gefordert habe, es sei aber nicht zu erwarten gewesen, daß diese Forderung volle Erfüllung finden werde. Wir haben erreicht, erklärt er, daß die Überbrückungshilfe als Abgeltung für die Vergangenheit gewährt wurde, wir haben aber auch erreicht, daß ausdrücklich von den Vertretern der Gebietskörperschaften betont wurde, daß die öffentlich Bediensteten neben dem 5. Lohn-Preisabkommen noch eine Lohnbewegung starten können. Das ist ein ganz außergewöhnlicher Erfolg.

Machen wir nicht so, ruft Redner dem Linksblock zu, als ob wir überhaupt nichts erreicht hätten. Wir haben den 13. Monatsbezug durchgesetzt und das erste und zweite Nachziehverfahren durchgekämpft. Ein Mindestgehalt von 760 S für die unterste Verwendungsgruppe ist ein durchaus anständiges Gehalt. Wir werden in der Privatindustrie lange suchen müssen, bis man dort den Bedienerinnen in einem unkündbaren Verhältnis 760 S bezahlt.

Der Redner setzt sich sodann mit den Forderungen des Verbandes der geistig Schaffenden auseinander und erklärt: Ich selber stehe zu den Spannungsverhältnissen des Gehaltsüberleitungsgesetzes, wonach der Höchstgehalt im öffentlichen Dienst das Zwölfwache des niedrigsten Gehaltes ausmacht. Wenn wir nicht imstande waren, die Spannungsverhältnisse bei den Gehaltsregelungen durchzusetzen, so ist das nicht unsere Schuld. Es ist die Not der Zeit, die es unmöglich gemacht hat, das Spannungsverhältnis von 1:12 aufrecht zu erhalten. Ich klage deshalb den Verband der geistig Schaffenden antigewerkschaftlicher und antidemokratischer Tendenzen an, weil es nicht wahr ist, daß die Gewerkschaftsbewegung nivellierend wirkt. Es ist vielmehr die Not der Zeit, die nivellierend wirkt. Was hat der Verband der geistig Schaffenden davon, wenn er die Anfangsbezüge mit 580 S ansetzt und darauf seine Spannungen aufbaut? Der höhere Beamte hat nicht entscheidend mehr, er ist nur relativ glücklich, wenn er relativ die Spannung hergestellt hat.

Als Vertreter der öffentlich Bediensteten im Verhandlungskomitee wolle er sagen, daß die öffentlichen Angestellten nie so günstig abgeschlossen haben wie in diesem Jahre und daß sie endlich auch der Privatindustrie um ein gehöriges Stück wieder nachgekommen sind. Wir werden unser ganzes Sinnen und Trachten

darauf einstellen, schließt GR. Pölzer, daß wir den öffentlich Bediensteten das geben, was ihnen gehört. Dazu ist es aber auch notwendig, daß dem Staate gegeben wird, was dem Staate gehört. Es wäre eine abgründtiefte Demagogie, auf der einen Seite "Nieder mit den Steuern und mit den Tarifen!" zu rufen und auf der anderen Seite den öffentlichen Angestellten ein höheres Gehalt geben zu wollen. Wenn Sie dem Antrag des Referenten die Zustimmung geben, geben Sie den Möglichkeiten eines Abschlusses die Zustimmung, der gerecht ist und nicht anders zu machen war. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Stadtrat Resch dankt in seinem Schlußwort den Rednern der beiden großen Parteien dafür, daß sie beide anerkannten, daß den öffentlichen Angestellten von Seiten der Gebietskörperschaften wirklich das gegeben wird, was überhaupt im Rahmen der Wirtschaft dieses Staates und im Rahmen der Voranschläge der Gebietskörperschaften möglich ist. Er könne versichern, daß sich die Gemeinde auch in Zukunft, allerdings im Rahmen des Möglichen, bemühen werde, das Schicksal ihrer Angestellten zu bessern.

Auf die Forderungen des GR. Dr. Altmann eingehend, erklärt der Finanzreferent: Wir glauben, daß die öffentlichen Angestellten so viel wirtschaftliches Verständnis haben, daß sie wissen, daß gerade jetzt in diesem Jahre für sie das geschehen ist und vielleicht sogar noch ein Stückchen mehr, was man wirtschaftlich im Rahmen der Budgets verantworten kann, ohne die Gefahr der Inflation heraufzubeschwören, die gerade für die öffentlichen Angestellten die größte Gefahr wäre. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat vor 1934 bewiesen, daß sie in wirtschaftlich tragfähigen Zeiten ihre Angestellten weit über das hinaus bezahlt hat, was die private Wirtschaft oder auch andere öffentliche Körperschaften in diesem Staate zahlen konnten. Wir werden uns immer wieder bemühen, das Schicksal unserer öffentlich Angestellten bis an die Grenzen des wirtschaftlich Tragfähigen zu verbessern und benötigen hierzu nicht die Anträge der Kommunistischen Partei. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Die Überbrückungshilfe wird gemäß dem Antrag des Berichterstatters angenommen, die Abänderungsanträge Dr. Altmann werden abgelehnt.

Über die für das Jahr 1951 zu gewährende Subvention von 400.000 Schilling an die Wiener Symphoniker berichtet GR. Leibetseder (SPÖ). Die Symphoniker erhalten insgesamt für das Jahr 1951

1'5 Millionen Schilling, um ihr Defizit zu decken. Davon übernimmt die Gemeinde 1 Million und der Bund 500.000 S. 600.000 S werden aus dem Kulturgroschen und 400.000 S durch die monatlich auszahlende Subvention gegeben.

Bürgermeister Jonas übernimmt wieder den Vorsitz.

In der Debatte spricht als einziger Redner GR. Dr. Matejka. Er kritisiert, daß die Wiener Symphoniker zur Zeit der Festwochen in Wien nur ein einziges Konzert in voller Besetzung gegeben haben und weist auf die Gefahren hin, die sich daraus ergeben, wenn das Orchester in der ganzen Welt herumgehetzt wird. Ferner bemängelt er auch die enge Bindung des Dirigenten Herbert Karajan an die Wiener Symphoniker. Im übrigen gab er im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu dem Antrag.

GR. Leibetseder weist in seinem Schlußwort nur darauf hin, daß es beim Linksblock üblich sei, positive Leistungen unserer Stadtverwaltung mit weit hergeholtten Argumenten zu kritisieren.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) referiert über eine Subvention für die Gesellschaft der Ärzte in der Höhe von 96.200 S, die zum Einkauf von medizinischen Werken und Zeitschriften verwendet werden soll.

GR. Dr. Matejka (LBl.) wendet sich gegen die Art, in der die Subvention zustande gekommen ist. Die Wiener Kliniken im Allgemeinen Krankenhaus haben das Recht, alle Sondereinnahmen für eigene Zwecke zu verwenden. Um die Bibliothek der Gesellschaft der Ärzte aufzufüllen, werden nun diese Sondereinnahmen verwendet. Der Redner ist der Ansicht, daß medizinische Werke und Zeitschriften genau so zu einem Krankenhaus gehören wie die Betten und die ärztlichen Instrumente, und daher nicht aus diesen Mitteln angeschafft werden sollten. Im übrigen gibt der Redner seine Zustimmung zu dem Antrag.

Vizebürgermeister Weinberger betont, daß mit dieser Subvention ein Weg gewählt wurde, der in diesem Fall gangbar erschien.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP) berichtet über ein Budgetprovisorium für den Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien. Das Provisorium ist im Hinblick auf das bevorstehende 5. Lohn- und



Preisabkommen notwendig geworden. Durch das Provisorium wird der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien ermächtigt, bis 30. September 1951 die im Betrieb unbedingt notwendigen Ausgaben zu vollziehen.

GR. Dr. Soswinski (LBl.) kann einem Provisorium, das die Zustimmung zum 5. Lohn- und Preisakt vorwegnimmt, nicht geben.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger betont, es sei nicht die Schuld der Gemeindeverwaltung, wenn es im Lauf der letzten Jahre zu vier Lohn- und Preisabkommen gekommen ist, und ein fünftes vor der Tür steht.

Bei der Abstimmung wird das Provisorium ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

Schließlich gelangt die dringliche Anfrag der GR. Prim. Dr. Eberle, Bucher, Vavrovsky und Genossen an den Amtsführenden Stadtrat für Gesundheitswesen über das Auftreten einer Typhus-epidemie in der städtischen Heil- und Pflegeanstalt Ybbs zur Behandlung. In der Anfrag wird angefragt:

- 1.) Wann ist der erste Typhusfall aufgetreten, was ist dagegen unternommen worden und wann wurde der Amtsführende Stadtrat hiervon verständigt?
- 2.) Wann begann die zweite Erkrankungswelle? Was wurde dagegen unternommen und wann wurde sie dem Amtsführenden Stadtrat bekannt gegeben?
- 3.) Warum wurden so viele Kinder des sozialistischen Vereines "Volkshilfe" und des Schullandlagers "Donaudorf" des gleichen Vereines ausgerechnet aus der Anstaltsküche einer Irrenanstalt verpflegt?

Diese Anfragen wie auch eine diesbezügliche Anfrage des Linksblocks beantwortet Vizebürgermeister Weinberger in sehr detaillierter Weise. Er führt u.a. aus:

Derzeitiger Stand der Seuche: Pfleglinge: an Typhus Kranke und Krankheitsverdächtige abgesondert "Am Steinhof" 96, im Krankenhaus Melk 5 und in der Anstalt 36; Anstaltsangestellte 4, zusammen 141. Von den Pfleglingen sind 3, davon einer gestern gestorben.

Erkrankte Kinder vom Kinderheim "Volkshilfe" in der Anstalt 94, erkrankte Erzieher dieses Heimes 6, zusammen 100. Von diesen Kindern sind 2 gestorben.

29. Juni 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1179

Erkrankte Kinder in Wien aus dem Schullandlager "Donaudorf" 55.  
Gesamtsumme 296, Gesamttodesfälle 5.

Die Ersterkrankung in der Heil- und Pflorgeanstalt Ybbs a.d. Donau begann am 23. April 1951. Die Ärzte schöpften den Verdacht am 10. Mai 1951 und sandten erst zu diesem Zeitpunkt Blut, Harn und Stuhl zur Untersuchung ein. Die Untersuchung dauerte einige Tage, und erst am 15. Mai 1951 wurde die Diagnose Typhus mit Sicherheit gestellt. Der erste Krankheitsverdachtsfall war am 23.4. 1951, weitere folgten am 5.5.<sup>6.5.</sup> und 7.5.1951. Durch bakteriologische Untersuchungen wurden 2 Fälle als Typhus, die anderen beiden als Paratyphus identifiziert.

Die getroffenen Abwehrmaßnahmen waren Isolierung, Transferierung genaue ärztliche Beobachtung.

Die Anstaltsdirektion hat erstmalig am 16.5.1951, als der erste Krankheitsfall eindeutig als Typhus erkannt wurde, das Anstaltsamt schriftlich davon in Kenntnis gesetzt. Die Anstaltsdirektion hat erstmalig am 10. Mai 1951 Verdacht geschöpft und erst nach Einlangen des positiven Befundes am 16. Mai 1951 dem Amtsarzt Meldung gemacht. Das Anstaltenamt hat auch nach Kenntnis der ersten Typhusfälle keine Meldung an den Amtsführenden Stadtrat für das Gesundheitswesen erstattet. Der zuständige Referent in der Sanitätsabteilung des Landes Niederösterreich hat erstmalig am 16. Mai 1951 von Typhusfällen in Ybbs Kenntnis erhalten.

Nach der ihm durch die Anstaltsdirektion, beziehungsweise durch den Seuchenreferenten des Landes Niederösterreich zugegangenen Meldung hat der Amtsarzt des Gesundheitsamtes Melk ab 16. Mai 1951 eine Reihe von Abwehrmaßnahmen getroffen.

Ein zweites Auftreten der Krankheit begann am 24. Mai 1951. Der Amtsführende Stadtrat für das Gesundheitswesen wurde erstmalig am 14. Juni 1951, 20.15 Uhr, durch seinen ärztlichen Sekretär von der Typhusepidemie Ybbs a.d. Donau telephonisch in Kenntnis gesetzt.

Die zuständige Sanitätsbehörde von Niederösterreich hat mit Erlaß vom 8. Juni 1951 die intensivere Fahndung nach Bazillenausscheidern und die lückenlose Durchführung der Desinfektionsmaßnahmen gefordert. Entlassungssperre für die Dauer der Inkubation - drei Wochen - wurde angeordnet. Die Landessanitätsbehörde von Niederösterreich hat am 8. Juni 1951 den ersten schriftlichen Bericht an das Bundesministerium für soziale Verwaltung vorgelegt. Am 11. Juni 1951 waren der Niederösterreichischen Sanitätsbehörde erstmalig Erkrankungen von Kindern des Kinderheimes des Vereines "Volkshilfe" gemeldet worden.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen gibt der Referent die empfohlenen und angeordneten Bekämpfungsmaßnahmen bekannt. Er schildert weiter die vergeblichen Bemühungen, die Einweisung des Kinderheimes des Vereines "Volkshilfe" wieder rückgängig zu machen. Erstmalig wurden der Landessanitätsbehörde von Niederösterreich am 11. Juni 1951 Erkrankungen von Kindern aus dem Kinderheim gemeldet.

In der Zeit vom 14. Mai bis 16. Juni 1951 waren vom Verein "Volkshilfe" 842 Kinder von 15 Wiener Schulen klassenweise in das Schullandheim "Donaudorf" entsendet worden. Im Lagerselbst sind zu keiner Zeit Kinder an Typhus krank geworden. Von den bis 15. Juni nach Wien zurückgekehrten etwa 700 Kindern sind am 15. Juni bereits 21 mit unbestimmten Magen-, Darmbeschwerden erkrankt, wovon einige hochgradig typhusverdächtig waren. Das Seuchenreferat des Gesundheitsamtes Wien hat am 16. Juni 1951 in einer Mitteilung an den Stadtschulrat die sofortige Sperrung aller Klassen, die in Ybbs waren, angeordnet, durch die "Rathaus-Korrespondenz" an die Zeitungen und an den Rundfunk entsprechende Mitteilungen an die Eltern und die Bevölkerung durchgegeben und eine Reihe von Abwehrmaßnahmen getroffen. Todesfälle sind hier nicht zu beklagen. Am 27. Juni 1951 fand eine Beratung einer großen Kommission statt, die verschärfte Abwehrmaßnahmen in der Anstalt beschloß. Das Kinderheim "Donaudorf" ist praktisch aufgelöst.

Der massive Infektionsherd ist in der Küche zu suchen. Eine Angestellte, die nach Durchführung der vorgeschriebenen ärztlichen Prüfungen in der Anstaltsküche Verwendung fand, hat in der kritischen Zeit eine Magen-, Darmerkrankung durchgemacht, die sie, weil sie sich nicht arbeitsunfähig fühlte, bei ihrem Vorgesetzten nicht meldete. Etwa 18 Tage später ist sie an Typhus erkrankt.

Der Referent nimmt nun noch zu einzelnen Punkten der Anfrage des Linksblocks Stellung, soweit sie nicht bereits durch die bisherigen Ausführungen beantwortet sind. Die Heil- und Pflegeanstalt Ybbs hat bei 920 Betten 5 Ärzte, gegenüber 1600 Betten mit 6 Ärzten 1937. In der Anstalt ist eine Isolierabteilung mit einem Belag von rund 30 Betten, die im Regelfall ausreicht.

Abschließend gedenkt Vizebürgermeister Weinberger der Opfer und erklärt, man muß gemeinsam alles dafür tun, solche Krankheitserscheinungen auf das Unumgängliche zu reduzieren und dafür Sorge zu tragen, daß unser Gesundheitswesen, wo es heute vielleicht noch nicht ganz funktioniert, so verbessert wird, daß wir nach menschlicher Voraussicht alles getan haben, was unsere Pflicht war, um die Gesundheit der Bevölkerung zu erhalten und die von Krankheit befallenen Menschen wieder gesund zu machen.

Am Schluß der Sitzung verliest Schriftführer Kutschera die dringliche Anfrage der GR. Haim, Hiltl und Genossen bezüglich Gehsteigreinigung durch die Hausbesorger während der Sommermonate. Darin wird der Bürgermeister gefragt, ob er gewillt ist zu veranlassen, daß den Hausbesorgern Wiens für die Reinigung der Gehsteige das notwendige Reinigungsmaterial zur Verfügung gestellt und für diese im Auftrage der Stadt Wien zu leistende Arbeit auch eine entsprechende Entlohnung gegeben wird.

Die Anfrage wird geschäftsordnungsgemäß behandelt werden.

### 574 neue Gemeindewohnungen

Unter den Geschäftsstücken, die ohne Debatte angenommen wurden, befanden sich auch die Entwürfe und Kostenberechnungen für sechs neue städtische Wohnhausanlagen mit zusammen 574 Wohnungen. Die Baukosten betragen 38,650.000 Schilling. Bei den sechs Wohnhausanlagen handelt es sich um 140 Wohnungen an der Fischerstiege und 25 Wohnungen in der Bäckerstraße im 1. Bezirk, 43 Wohnungen in der Uchatiusgasse im 3. Bezirk, 152 Wohnungen an der Rinnböckstraße - Zippererstraße im 11. Bezirk, 190 Wohnungen in der Gablenzgasse - Pfenninggeldgasse im 16. Bezirk und 24 Wohnungen in der Stallarngasse im 22. Bezirk.

Ferner bewilligte der Gemeinderat eine Subvention von 400.000 S für den Verband Wiener Volksbildung zur Durchführung seiner Aufgaben. Weiter wurde bewilligt der Bau eines Abwasserpumpwerkes im 22. Bezirk, Schierlinggrund, die Neugestaltung der Grünflächen auf dem Mariahilfer Gürtel - Neubaugürtel, die Errichtung einer Lagerwiese im Kuchelauer Hafengebiet, der Neubau des Marktamtsgebäudes auf dem Viktor Adler-Platz im 10. Bezirk.

### Eröffnung einer neuen Autobuslinie

Folgender von Stadtrat Dkfm. Nathschläger gestellte Antrag wurde angenommen: Die bisherige Autobuslinie 31, Lehngasse-Ober Laa-Unter Laa wird nur mehr bis zur Siedlung Südost geführt und umfaßt eine Teilstrecke. Gleichzeitig wird als Querverbindung von Rothneusiedl, Endstation der Straßenbahnlinie 167, nach Ober. **Laa**-Unter Laa die Autobuslinie 31A neue eröffnet, die in drei Teilstrecken zerfällt, und zwar von der Endstation der Straßenbahnlinie 167 bis Rothneusiedl, Schillergasse (Neugraben-Siedlung), Schillergasse bis Ober Laa, Kirche, OberLaa, Kirche bis Unter Laa. Die Fahrpreise betragen auf der Autobuslinie 31 für die Strecke Lehngasse bis Siedlung Südost 40 Groschen (Wochenkarten 3.60 S); auf der Autobuslinie 31A für die Strecke Endstation der Straßenbahnlinie 167 bis Rothneusiedl, Schillergasse 40 Groschen, bis Ober Laa Kirche 60 Groschen, bis Unter Laa 80 Groschen. Die Wochenkarte kostet einheitlich für alle drei Teilstrecken 3.60 S.

Kommunalisierung der Wiener Leichenbestattungen abgeschlossen

Weiter wurde ohne Debatte genehmigt der Kauf der Privatleichenbestattung Böhm's Nachfolger Berta Kienböck & Co., OHG., und Friedrich Gaube. Damit ist die Kommunalisierung des Wiener Bestattungswesens abgeschlossen.

Schluß der Sitzung um 19.15 Uhr.

Ehrenmedaille für Anton Stehno  
=====

29. Juni (Rath.Korr.) Der Wiener Gemeinderat hat heute beschlossen, den Fürsorgerat Anton Stehno in Würdigung seiner Verdienste um Wien anlässlich der Vollendung des 80. Lebensjahres die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien zu verleihen.

Anton Stehno, Fürsorgerat im 17. Bezirk, vollendet am 22. Juli 1951 sein 80. Lebensjahr. Er wurde in Mozdenitz in Böhmen geboren, kam aber schon in jungen Jahren nach Wien. Sein Interesse galt dem politischen Geschehen, im besonderen Maße aber den sozialen Fragen. Es waren weniger die großen Probleme, die ihn beschäftigten, sondern die Sorgen und Nöte des kleinen Mannes. Den Armen mit Rat und Tat beizustehen, war sein Bestreben und so erwies er sich bald als wahrer Menschenfreund. Seine Hilfsbereitschaft und Uneigennützigkeit waren bald in seinem Wohnbezirk bekannt. Sie führten schließlich zu seiner Tätigkeit als Fürsorgerat, die er seit Jahrzehnten ausübt. Seit 1946 bekleidet er die Funktion eines Sektionsobmannes im Fürsorgeamt.

Vizebürgermeister Honay sprach in England  
=====

29. Juni (Rath.Korr.) Wie die "Rathaus-Korrespondenz" erfährt, hat der in Brighton tagende Internationale Städtekongreß drei Tage seiner Beratungen dem Problem Schule und Unterricht im Aufgabenkreis der Gemeinden gewidmet. In der Debatte sprach zu diesem Thema Vizebürgermeister Honay.

Die Delegierten besichtigten Dienstag, den 26. Juni, die im Bau befindliche neue Industriestadt Crawley, in der Wohnungen für 6.000 Einwohner errichtet werden. Mittwoch waren die Delegierten Gäste des Lordmajors von London, abends gab der Vorsitzende des Londoner Gemeinderates einen Empfang, bei dem Außenminister Morrison sprach.

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Juli  
=====

29. Juli (Rath.Korr.) Im Juli sind nachstehende Abgaben fällig:

10. Juli: GETRÄNKESTEUEr für Juni,  
GEFRORENESSTEUER für Juni,  
VERGNÜGUNGSSTEUER und SPORTGROSCHEN für die zweite Hälfte Juni,  
ANKÜNDIGUNGSABGABE für Juni.
14. Juli: ANZEIGENABGABE für Juni.
15. Juli: LOHNSUMMENSTEUER für Juni.
25. Juli: VERGNÜGUNGSSTEUER und SPORTGROSCHEN für die erste Hälfte Juli.

Schweinemarkt vom 29. Juni, Hauptmarkt  
=====

29. Juni (Rath.Korr.) Inland: Fleischschweine, unverkauft 0, Neuzufuhren 1550. Gesamtauftrieb: 1550, verkauft 1550. Außermarktbezüge: 1279. Preise: inländische Fleischschweine prima Ware 12.- bis 12.30 S, mittlere Ware 11.- bis 11.80 S.

Bei äußerst regem Marktverkehr verteuerten sich inländische Fleischschweine prima Ware um 40 g, mittlere Ware um 60 g, mindere Ware um 80 G je Kilogramm Lebendgewicht.

Abiturientenkurse an den Städtischen Handelsakademien  
=====

29. Juni (Rath.Korr.) Anmeldungen für die einjährigen Abiturientenkurse an den Städtischen Handelsakademien in Wien 1., Akademiestraße 12, und 3., Hammerlingplatz 5-6, werden bereits entgegengenommen. Kursbeginn anfangs Oktober 1951. Nähere Auskünfte in den Sekretariaten der obigen Anstalten.